

Kraformer Zeitung.

Nr. 103.

Mittwoch den 6. Mai

1863.

Die „Kraformer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis: für Kraform 3 fl., mit Versendung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Kr., einzelne Nummern 9 Kr. Redaction, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.

VII. Jahrgang.

Insertionsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergepaltenen Zeile für die erste Einrückung 7 Kr. für jede weitere Einrückung 3 Kr. Stempelgebühr für jede Einrückung 30 Kr. — Inserat-Bestellungen und Geldeübernahme Karl Sudwieser. — Zusendungen werden franco erbeten.

Ämtlicher Theil.

Nr. 12245.

Laut Eröffnung der k. k. Statthaltereien in Lemberg vom 18. April 3 20206 ist in der ersten Hälfte April l. J. die Kinderpest im Lemberger Verwaltungsgebiete in 4 Ortschaften neu ausgebrochen und zwar: in Czortkow, Konstacya, Czortkower, Broczniow Stryer und im Meierhofs Baluczyn Zloczower Kreises, dagegen ist die Seuche in 11 Ortschaften, u. zw.: in Krzywe Tarnopoler, Niece Sapahold Stanislawower, Kafusz Stryer, Przegnojow, Lahodow, Unterwalden, Pohorylec, Podhacyzki, Krzywice und Jaktorow, Zloczower Kreises erloschen.

Nach Zuzählung der von der Seuche schon früher befallenen Ortschaften werden im Ganzen noch 17 Seuchenorte ausgewiesen, wovon je 4 auf den Czortkower und Tarnopoler, 5 auf den Zloczower, 3 auf den Stryer und 1 auf den Brzezaner Kreis entfallen. Seuchende Kinder kommen jedoch nur in 3 Ortschaften vor, nachdem in zwei der neu zugewachsenen Seuchenorten die Keule an den kranken und seuchenverdächtigen Stücken zur Anwendung kam.

Diese Mittheilung wird hiemit zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Von der k. k. Statthaltereien-Commission.

Kraform, am 29. April 1863.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 20. April d. J. den verfügbaren siebenbürgischen Kreisgerichte: Präses, Joseph Spudling, zum Oberlandesgerichtsrath bei dem Landesgerichte in Czernowitz allergnädigst zu ernennen geruht.

In Folge Allerhöchster Ermächtigung hat das Justizministerium den verfügbaren siebenbürgischen Kreisgerichte: Präses Ritter v. Labora unter Vorbehalt seines jetzigen Dienstcharakters und Ranges zum Staatsanwalt bei dem Landesgerichte in Czernowitz ernannt.

Das Justizministerium hat dem verfügbaren Hilfsämter-Director des k. k. siebenbürgischen Oberlandesgerichtes Valerian Holzer, mit Befassung seines vorerwähnten Dienstcharakters die bei dem Lemberger Landesgerichte erledigte Hilfsämter-Directorsstelle verliehen.

Nichtämlicher Theil.

Kraform, 6. Mai.

Ueber diese russischen Antwortnoten, schreibt man der „Pol. Ztg.“ aus St. Petersburg: Wie bereits mitgetheilt, sind die Antwortnoten in der polnischen Frage dem Inhalte nach verschieden; in allen dreien aber herrscht Würde, Ruhe, Klarheit und die allererföhrlichste Sprache mit Festigkeit gepaart. Die längste Antwort ist natürlich diejenige, welche dem englischen Cabinet zugegangen ist. Die Note Russells unterschied sich dadurch von der austro-französischen, daß jene in das Innere der Frage eintrat, während letztere die äußere Umhüllung behandelte. Rußland acceptirt in der Antwort an England die Verträge von 1815 als Basis, führt aus, daß es die darin übernommenen Verpflichtungen erfüllt hat; es wagt sich die Freiheit, läßt aber auch ändern die Freiheit, die Verträge anders zu interpretiren. Die lange Antwort macht den Eindruck, als wolle Rußland weiteren Verhandlungen und Auseinandersetzungen die Thür nicht verschließen. — Oesterreich hatte in seiner Propositionnote die schwierige Lage der Nachbarstaaten hervorgehoben. In der Antwort erkennt dies Rußland vollständig an und wünscht, daß die Nachbarstaaten sich ihrerseits das Nöthige thun mögen, um die Gemüther der Polen zu beruhigen. — Frankreich sah die Sache als Gegnerin der cosmopolitischen Revolution an; Rußland erjucht in der Antwort um Beistand zur Bekämpfung der cosmopolitischen Revolution. Die beiden letzteren Noten sollen, obgleich kürzer, doch sehr präcise formulirt sein. Man macht sich hier auf weitere Unterhandlungen gefaßt, die sich aber in die Länge ziehen dürften, wofür nicht etwa unerwartete Ereignisse eintreten, welche den wahren Character der polnischen Insurrection an den Tag bringen und namentlich den, wie wir glauben, nichts weniger als revolutionär gesinnten Kaiser Napoleon enttäuschen.

Ein Pariser Corr. der „Köln. Z.“ schreibt: In der Note an die französische Regierung scheint das russische Cabinet Alles aufgegeben zu haben, um durch Berufung auf alte Erinnerungen den Kaiser Napoleon sich günstig zu stimmen. Jedenfalls scheint Rußland die von uns bereits vor acht Tagen angedeutete Tactik befolgt zu haben, denn in der Note an Frankreich erklärt es sich bereit, den Rathschlägen der Mächte nachzukommen, es wolle bloß wissen, auf welche Weise seine guten Intentionen für Polen ohne

Schaden für sein russisches Interesse und seine Würde in Anwendung gebracht werden können.

Die „Europe“ zählt in ihrer neuesten Nummer die Mächte auf, welche bisher der Aufforderung der drei Mächte zum Anschlusse an die Vorstellungen in Petersburg entsprochen haben. Es sind Spanien, Portugal, Niederlande, Schweden und Dänemark, — das heißt sämmtliche Unterzeichner der Wiener Schlußacte. Italien befindet sich mit seiner Antwort noch im Rückstande. Sonst könne man aber sagen, daß ganz Europa mit einziger Ausnahme Preußens (und Belgiens) der diplomatischen Intervention zu Gunsten Polens seinen Beifall spendete.

Die an das belgische Cabinet sowohl von englischer Seite wie auch von Paris aus ergangene Einladung, der diplomatischen Action in Petersburg bezüglich des polnischen Aufstandes sich anzuschließen, ist unter Hinweisung auf die vertragmäßige Neutralität Belgiens freundlichst abgelehnt worden.

Das Madrider Cabinet hat auf die Einladung des Hrn. Drouyn de Lhuys nicht bloß erklärt, daß es in Petersburg Vorstellungen machen werde; es hat auch sein Bedauern darüber ausgedrückt, daß man es nicht als Großmacht in die erste Action hineingezogen habe. So meldet abweichend von den seitheigen Angaben ein Pariser Corr. der „N. Pr. Z.“

Nach den letzten Briefen aus Stuttgart, schreibt die „Gen. Corr.“ dürfte das württembergische Cabinet der von französischer Seite ergangenen Einladung, sich den Schritten der drei Mächte in Bezug auf die polnische Angelegenheit anzuschließen, nicht so unbedingt entsprechen, als es Anfangs den Anschein hatte, die Entschliessung dieses Cabinets vielmehr dahin gehen, sich in dieser Sache speciell durch die Haltung Oesterreichs bestimmen zu lassen. Von anderen deutschen Regierungen dürfte die Erwiderung auf die Einladung Frankreichs mehr ausweichender, von Seite Baierns und Hannovers aber ablehnender Art sein.

Nach der Berliner „Bant- und Handels-Zeitung“ vom 4. d. M. will Oesterreich, daß sich der deutsche Bund mit der polnischen Frage befasse; Preußen würde ebenfalls dahin.

Die „Nord. Allg. Ztg.“ dementirt: 1) daß Preußen gleichzeitig mit den Staaten zweiten Ranges zum Anschlusse an die diplomatische Action eingeladen sei; 2) die Mission des Generals Goltz nach Paris; 3) das Ansuchen Preußens an Oesterreich, eine Convention mit Rußland abzuschließen, wie Lord J. Russell unterm 21. März im Blaubeche behauptet.

Das „Ftbl.“ bringt eine Stelle aus der zweiten Note Lord Russells, die er am 24. April der gemeinschaftlichen diplomatischen Action vom 10. April folgen ließ, nachdem in Petersburg die Amnestie bekannt gemacht wurde. Es ist das die Note von der es hieß, daß Frankreich und England für sich allein ohne Wissen Oesterreichs eine Depesche nach Petersburg richteten und von deren Inhalt nichts Genaueres bekannt wurde. In dieser Note erkennt Lord Russell an, daß eine Amnestie wohl als Basis für den Frieden dienen könne, aber nur unter zwei Bedingungen: 1. Wenn die Insurgenten vollständig geschlagen wären und nur das Versprechen der Begnadigung erwarten sollten, welches ihnen erlauben würde in ihre Heimat zurückzukehren. 2. Wenn der Act der Amnestie ausdrücklich das Versprechen gibt, den Beschwerden gerecht zu werden, welche die Insurrection herbeiführten, und wenn diese Abhilfe in so ausgedehntem Maße zugesagt würde, daß die Insurgenten zu der Ansicht gelangten, ihr Zweck sei erreicht. Was nun die erste Bedingung betrifft, erklärt das britische Cabinet, daß die Insurrection weit entfernt besiegt zu sein, viel ausgebreiteter sei als vor einigen Wochen. Die zweite Bedingung betreffend constatirt das britische Cabinet, daß die vom Kaiser Alexander erlassene Amnestie den Polen jede neue Concession verweigert, und sich auf vage für die ferne Zukunft gemachte Versprechungen beschränkt, welchen man keine ernste Bedeutung beilegen kann. Dieser zweiten scharf eingreifenden Note wird in der gestern (3.) veröffentlichten Antwort des russischen Cabinets nicht einmal Erwähnung gethan, obwohl sie den wichtigsten Commentar und Anhang zur englischen Note vom 10. April bildet. Sie scheint also in Petersburg als von avenue das heißt als nicht zu berücksichtigen betrachtet worden zu sein.

Die dem englischen Parlamente mitgetheilten Actenstücke in Betreff der polnischen Angelegenheit bilden einen Band von mehr als 170 Seiten. Die ersten Correspondenzen sind von Ende December 1862, die letzten vom 24. April 1863 datirt. Sie umfassen nach officiellen und autorisirten Quellen eine vollständige Darlegung des Ursprunges und des Fortschritts der revolutionären Bewegung, von der Auflösung der Districtsversammlung von Praznyz im

verflorenen December, von der Verhaftung der revolutionären Agenten im December, von der Ausführung der Recrutirungs-Zwangsmahregel in der Nacht des 14. Jänner, welche der Generalconsul Stanton in Warschau als plötzliche und vollständig wirksame beschreibt. Die Depeschen von Lord Raper, Sir A. Buchanan, Botschafter in Berlin, Lord Bloomfield in Wien und Lord Cowley in Paris, werfen ein helles Licht auf die Haltung der Regierungen von Preußen, Oesterreich und Frankreich gegenüber Rußland und Polen. Sir A. Malet gibt von Frankfurt aus Andeutungen über die öffentliche Meinung Deutschlands in dieser Frage. Sir James Hudson läßt sich über die Ansichten des Züricher Cabinets, Sir John Crampton über die spanische Regierung, Sir S. Malet über jene der portugiesischen Regierung und Mr. Ferningham über Schwedens Sympathien aus.

England hat, wie aus dieser diplomatischen Correspondenz ersichtlich, den Versuch gemacht, Preußen für den Schritt in Petersburg zu gewinnen. Herr v. Bismarck antwortete aber: „Preußen könne die seit zwei Jahren befolgte Politik nicht ändern, und nachdem es während dieser Zeit den Kaiser von Rußland vor den Folgen gewarnt, welche die Ermuthigung der polnischen Nationalität haben werde, könne es ihm jetzt nicht dazu rathen, Polen die Autonomie zu verleihen.“ Die Depeschen aus Wien stellen die Politik des Grafen Rechberg in einem günstigen Lichte dar. Die Politik Oesterreichs ist eine Politik der Reserve, es liegt ihr viel an der Wiederherstellung der Ruhe in Polen und an der Erhaltung des Friedens in Europa, es vergißt aber seine internationalen Pflichten nicht. Lord Russell spricht sich in einer Depesche an Lord Bloomfield hierüber folgendermaßen aus: „Die Politik Oesterreichs, sagte mir Graf Apponyi, ist nicht mit Rußland ein Uebereinkommen abzuschließen, welches die polnischen Anstrengungen Oesterreichs mißbilligen würde, aber auch nicht den Widerstand Polens zu ermuthigen, denn dadurch könnte es den Brand bis nach Galizien verbreiten.“

Der schwedisch-norwegische Gesandte in Kopenhagen, Graf Hamilton, wird in diesen Tagen ins Ausland und nach einem Badeort reisen. Man sagt, bemerkt „Danmark“, ob nun mit Recht oder Unrecht, diese Reise in Verbindung mit Unterhandlungen zwischen Schweden und Frankreich, betreffend die polnische Frage.

Ein Schreiben aus Stockholm in „Fädrelandet“ macht die Eiderdänen darauf aufmerksam, man möge doch in Kopenhagen recht polnische Sympathieen in sich aufnehmen, die Polen wären bereit, der gerechten Sache Dänemarks sich anzuschließen, und Frankreich würde sich dankbar dabei beweisen. Sollte dieses nicht geschehen, so könnten möglicher Weise Frankreich und Oesterreich sich einigen, ersteres für Schleswig und letzteres für Polen sich thätig zeigen, so daß Dänemark leer dabei ausginge. Dieser Versuch, dem Fürsten Czartoryski, der Schweden verläßt, in Kopenhagen einen glänzenden und populären Empfang zu bereiten, zeigt, daß man die skandinavische eiderdänischen Interessen für Polen in einem gegen Deutschland gerichteten Sinne gewinnen will; denn es wird im erwähnten Schreiben geradezu darauf hingewiesen, bei einem Kriege Dänemarks gegen Deutschland unter französisch-polnischem Schutze könnte es wohl gelingen, auch Holstein in Dänemark zu incorporiren.

Wie ein Pariser Corr. der „N. Pr. Z.“ schreibt, dürfte nachstehendes Project zur Lösung der polnischen Frage früher oder später, wenn auch vielleicht in diesem oder jenem Detail abgeändert, in diplomatischer Form austreten. Der Kaiser Alexander soll sich mit der Oberlehnsherrlichkeit über das ehemalige Großherzogthum Warschau begnügen und ein Mitglied der russischen Dynastie zum Staatsoberhaupt auf Lebenszeit ernennen, Polen soll freie Institutionen und absolute administrative Autonomie erhalten, ein Maximum der polnischen Armee festgesetzt und der so eingerichtete Staat für neutral erklärt werden. Die katholische Kirche ist nicht vergessen worden, man will derselben eine freie Bewegung auch in den ehemaligen polnischen Provinzen zu verschaffen suchen.

Nach der „Europe“ hat Fürst Gortschakoff die Vertreter der drei verbündeten Höfe confidentiel davon in Kenntniß gesetzt, daß der Kaiser Alexander II. einen Ukas veröffentlicht hat, kraft dessen das dem französischen Conscriptionsgesetze nachgebildete Recrutirungs-Gesetz vom Jahre 1859 in Zukunft in allen Provinzen des russischen Reiches zur Anwendung kommen soll.

Mehrere Blätter theilen nach der „Ost. P.“ mit, die Ankunft der russischen Antwort-Depeschen in Wien habe eine Verspätung erfahren, weil der Courier, welcher sie überbrachte, von den polnischen Insurgenten

unterwegs angehalten wurde. Die Polen seien so artig gewesen, wahrscheinlich nachdem sie die Depeschen eingesehen, den Courier mit den Actenstücken unbehelligt weiterziehen zu lassen. Nach der „Presse“ ist diese interessante Geschichte von dem „Courier mit Hindernissen“ unwahr. Derselbe hat seinen Weg über Berlin genommen und hatte keine Verspätung zu erleiden gehabt. Er verließ Petersburg am 26. April Abends und traf am 30. Früh wohlbehalten mit seinen interessanten Documenten in Wien ein.

Langiewicz's Internirung, schreibt die „Lemberger Zeitung“, nimmt, besonders seit er nach Josephstadt transportirt und dort unter strengere Aufsicht als bisher gestellt ist, die Journalistik sehr in Anspruch. Namentlich bringt ein verbreitetes Blatt, die „Presse“ nämlich einen langen Leitartikel, in welchem es nach einer nüchternen Untersuchung und nach einem Duzend gestellter Fragen auf das Resultat kommt, daß die Confinirung des Dictators gänzlich ungerechtfertigt und eine Verletzung des Gesetzes zum Schutze der persönlichen Freiheit sei. Ein anderes ebenfalls viel gelesen Journal und eine Correspondenz treten diesem Artikel entgegen, ohne jedoch die rechten Waffen zur Abwehr zu ergreifen. Die ganze Sache liegt aber sehr einfach, freilich nur für den, der sich, bevor er einen Fall zum Gegenstand einer Controverse macht, sich über denselben genau unterrichtet, was jenes angriffslustige Journal aber vollständig unterlassen hat, indem es sich vorderhand begnügt, seine individuellen Ansichten als maßgebend zu betrachten, so nahe es läge, sich bei der Besprechung internationaler Angelegenheiten ein wenig um die internationalen Verträge zu kümmern. Ohne positive Kenntnisse hilft die „nüchternste Untersuchung“ nichts, denn sie erlangt jeder Grundlage und steuert ins Blaue hinein. Wir wollen die Untersuchung mit den Geisteskräften in der Hand recapituliren, und werden dabei auf ein himmelweit verschiedenes Ergebniß kommen, welches auf die Ansichten der „Presse“ vielleicht unstimmtend wirken dürfte.

Was der Angriff mit bewaffneter Hand auf die Truppen der Regierung, die Plünderung von Staatskassen und Magazinen, die Abführung oder Gefangennahme von Staatsbeamten, die Einsetzung einer obersten geheimen Behörde, welche Steuern ausstreift, Rekruten aushebt, Todesurtheile und andere Strafen dictirt, kurz was die ganze polnische Insurrection Rußland gegenüber ist, und wessen sich jeder einzelne Theilnehmer je nach verschiedenen Graden in Rußland wie in jedem andern Staate schuldig macht, wird die „Presse“ wohl richtig zu benennen wissen. Es ist mit einem Worte Hochverrath. Daß zwischen diesen Staaten Europa's Verträge bestehen, gemäß welchen zur wechselseitigen Sicherstellung der Hochverrath gegen den einen in dem andern ebenfalls als ein Verbrechen betrachtet und behandelt wird, dürfte wohl der „Presse“ auch nicht fremd sein. Daß ein solcher Vertrag aber zwischen Rußland und Oesterreich bestehe, scheint ihr völlig unbekannt, und es voranzusetzen, so nahe es lag, fiel ihr nicht ein, obgleich sie noch übrigens nur von Voraussetzungen ausgeht. Dieser Betrag existirt aber und ist gesetzlich kundgemacht im Reichsgesetzblatt 1860 LIX. Stüd. 233, giltig für das ganze Reich mit Ausnahme der Militärgränze und lautet:

„Laut Eröffnung des Ministeriums des Außern“ hat am 15. October 1860 der Austausch der k. österreichischen und k. russischen Ministerial-Erklärungen vom 9. Dec. 1859 und 16. Sept. 1860 stattgefunden, wodurch bezüglich der Bestrafung der auf dem Gebiet des einen der beiden Staaten gegen die Sicherheit des andern Rußland mit in die Reihe derjenigen Staaten eingetretten ist, welche dem Kaiserthum Oesterreich gegenüber die Gegenseitigkeit im Sinne des II. Absatzes des §. 66 des Strafgesetzes beobachtet.“

Der §. 66 aber lautet:

„Wer eine von den im §. 58 (Feststellung des Hochverrathes) bezeichneten Handlungen gegen einen deutschen Bundesstaat oder gegen ein Oberhaupt eines dieser Staaten begeht, macht sich, insofern sich darin nicht ein schwerer verpöntes Verbrechen darstellt, ebenfalls des Verbrechen der Störung der öffentlichen Ruhe schuldig, und ist z.“

Und der II. Absatz:

„Derselben Verbrechen macht sich schuldig, und ist auf dieselbe Art zu bestrafen, wer eine dieser Handlungen gegen einen andern fremden Staat oder gegen dessen Oberhaupt unternimmt, insofern von dessen Gesetzen oder durch besondere Verträge die Gegenseitigkeit verbürgt und im Kaiserthum Oesterreich gesetzlich kundgemacht ist.“

„Wer eine von den im §. 58 (Feststellung des Hochverrathes) bezeichneten Handlungen gegen einen deutschen Bundesstaat oder gegen ein Oberhaupt eines dieser Staaten begeht, macht sich, insofern sich darin nicht ein schwerer verpöntes Verbrechen darstellt, ebenfalls des Verbrechen der Störung der öffentlichen Ruhe schuldig, und ist z.“

Und der II. Absatz:

„Derselben Verbrechen macht sich schuldig, und ist auf dieselbe Art zu bestrafen, wer eine dieser Handlungen gegen einen andern fremden Staat oder gegen dessen Oberhaupt unternimmt, insofern von dessen Gesetzen oder durch besondere Verträge die Gegenseitigkeit verbürgt und im Kaiserthum Oesterreich gesetzlich kundgemacht ist.“

„Wer eine von den im §. 58 (Feststellung des Hochverrathes) bezeichneten Handlungen gegen einen deutschen Bundesstaat oder gegen ein Oberhaupt eines dieser Staaten begeht, macht sich, insofern sich darin nicht ein schwerer verpöntes Verbrechen darstellt, ebenfalls des Verbrechen der Störung der öffentlichen Ruhe schuldig, und ist z.“

Und der II. Absatz:

„Derselben Verbrechen macht sich schuldig, und ist auf dieselbe Art zu bestrafen, wer eine dieser Handlungen gegen einen andern fremden Staat oder gegen dessen Oberhaupt unternimmt, insofern von dessen Gesetzen oder durch besondere Verträge die Gegenseitigkeit verbürgt und im Kaiserthum Oesterreich gesetzlich kundgemacht ist.“

„Wer eine von den im §. 58 (Feststellung des Hochverrathes) bezeichneten Handlungen gegen einen deutschen Bundesstaat oder gegen ein Oberhaupt eines dieser Staaten begeht, macht sich, insofern sich darin nicht ein schwerer verpöntes Verbrechen darstellt, ebenfalls des Verbrechen der Störung der öffentlichen Ruhe schuldig, und ist z.“

Und der II. Absatz:

„Derselben Verbrechen macht sich schuldig, und ist auf dieselbe Art zu bestrafen, wer eine dieser Handlungen gegen einen andern fremden Staat oder gegen dessen Oberhaupt unternimmt, insofern von dessen Gesetzen oder durch besondere Verträge die Gegenseitigkeit verbürgt und im Kaiserthum Oesterreich gesetzlich kundgemacht ist.“

„Wer eine von den im §. 58 (Feststellung des Hochverrathes) bezeichneten Handlungen gegen einen deutschen Bundesstaat oder gegen ein Oberhaupt eines dieser Staaten begeht, macht sich, insofern sich darin nicht ein schwerer verpöntes Verbrechen darstellt, ebenfalls des Verbrechen der Störung der öffentlichen Ruhe schuldig, und ist z.“

Und der II. Absatz:

„Derselben Verbrechen macht sich schuldig, und ist auf dieselbe Art zu bestrafen, wer eine dieser Handlungen gegen einen andern fremden Staat oder gegen dessen Oberhaupt unternimmt, insofern von dessen Gesetzen oder durch besondere Verträge die Gegenseitigkeit verbürgt und im Kaiserthum Oesterreich gesetzlich kundgemacht ist.“

Es ist also sonnenklar, in welche Stellung Langiewicz seine obenein so vorragende Theilnahme an der Insurrection in Oesterreich (und auch in Preußen) dem Geseze gegenüber bringt. Ueberdies hat Langiewicz auch bekanntlich noch Proclamationen erlassen, in welchen er nicht nur alle Polen überhaupt, sondern auch die galizischen insbesondere zur Förderung des Aufstandes, namentlich durch Lieferung von Waffen und Geld auffordert. Mit Feststellung dieser Thatsachen fallen alle Argumentationen gegen seine Confinierung und erledigen sich alle Fragen und Zweifel der „Presse“, denn das Gesez spricht, und bekannt gemacht und wirklich bekannt in Galizien und selbst russ. Polen ist es auch. Langiewicz und andere Insurgenten sind offenbar, wenn auch nicht mit dem Wortlaut, doch mit dem ohngefährten Sinne desselben vertraut, das beweist des Dictators und Anderer Benehmen bei ihrem Uebertritt. Erstirte dieser Vertrag vom 3. 1860 nicht, so wäre Langiewicz und alle Insurgenten nach dem älteren Cartell vom 3. 1820 und dem Zusatz dazu vom 3. 1822 Art. II. als Vagabunden zu behandeln und den Stipulationen gemäß zurückzuweisen, also mit allenfallsiger Ausnahme der preussischen, französischen, italienischen u. Staatsbürger, deren sich sehr wenige unter unseren Internirten befinden, nach Rußland zurückzuführen. In der Replik der „Presse“ auf einen Artikel der „Gen.-Corr.“ scheint ihr selbst die Humanität, mit welcher sich die Regierung den Insurgenten gegenüber benimmt, einzigermassen anstößig und außer dem ihr zustehenden Rechte liegend.

Wir überlassen es ihr, sich hierüber mit ihren Lesern auseinanderzusetzen und bemerken nur noch, daß die bei der Erwähnung ihres Artikels von der hiesigen Journalistik beigegebenen Bemerkungen über die Verletzung der Geseze zum Schutze der persönlichen Freiheit wohl nur gemacht sind, um einen Anlaß auszuführen, da diese von den oben angeführten Verträgen recht gut unterrichtet ist, wie sich sonst aus ihrer ganzen Haltung in dieser Frage ergibt.

Nach Berichten aus Kopenhagen soll anstatt des früher designirt gewesenen Grafen Spolte Herr v. Czerning zum griechischen Reichsverweser und Vertrauensmann des jungen Königs ausersehen worden sein. Herr v. Czerning stammt aus einer alten, aber unbemittelten Familie. Er wendete sich bereits in früher Jugend dem Kriegsdienste zu, in welchem er rasch alle Stufen des militärischen Ranges erklimmte. Czerning hat schon einige Male das Amt eines Kriegsministers mit Verdienst bekleidet. Er gehört als Politiker der entschiedenen liberalen Richtung an. In der deutsch-dänischen Frage plaidirte er für den „Gefammitstaat“. Hauptgegenständen, die ihm besonders für den Posten eines Reichsregenten befähigen, sind seine bekannte Entschlossenheit, die sich durch keine äußeren Einflüsse beugen läßt, die große Menschenkenntniß, die er sich in seiner hohen Stellung erworben, endlich der Umstand, daß sowohl Friedrich IV., als Prinz Christian ihr unbedingtes Vertrauen in Herrn v. Czerning setzen.

Aus Kassel meldet die „G. C.“, daß der Kurfürst mit einer landesfürstlichen Initiative den Anträgen der Landesvertretung in Betreff der Modification des Wahlgesetzes, namentlich in Betreff der Zusammensetzung der Kammer, derart entgegenkommen wird, daß eine Verständigung in näher Aussicht steht.

Die „Morning Post“ sagt, sie habe Gründe zu glauben, daß die von einigen Zeitungen gebrachte Nachricht, der Prinz und die Prinzessin von Wales beabsichtigten, dem Kaiser der Franzosen in Fontainebleau einen Besuch zu machen, unbegründet sei.

Die „Patrie“ hält der France gegenüber ihre Behauptung aufrecht, daß die französische Regierung demnach wegen der versprochenen Reformen eine Note nach Rom abgeschickt habe.

Die „Patrie“ sagt, sie habe Gründe zu glauben, daß die von einigen Zeitungen gebrachte Nachricht, der Prinz und die Prinzessin von Wales beabsichtigten, dem Kaiser der Franzosen in Fontainebleau einen Besuch zu machen, unbegründet sei.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 5. Mai.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben heute Vormittag die Deputation der rumänischen Nation aus Siebenbürgen zu empfangen geruht. Der Führer der Deputation, Bischof Freiherr v. Schaguna hielt eine feierliche Ansprache an Se. Majestät und übergab sodann die Adresse der rumänischen Nationalconferenz, worauf Se. Majestät huldreich und die bewährte Treue und Anhänglichkeit der rumänischen Nation Siebenbürgens allergnädigst anerkennend zu antworten und hierauf sich mit dem Führer und den einzelnen Gliedern der Deputation durch längere Zeit allergnädigst zu unterhalten geruhten.

Außer der rumänischen Deputation, deren Mitglieder übrigens nicht in Nationaltracht zur Audienz kamen, empfing Se. Maj. der Kaiser heute auch die Herren: Fürst Colloredo, Baron Doblhoff, Baron Hohenbruck, Fürst Jablonowski und Louis Merton, welche gemeinschaftlich eine Denkschrift über die von ihnen beabsichtigte Gründung einer transatlantischen Dampfschiffahrt-Gesellschaft in Oesterreich überreichten.

Dem Vernehmen nach werden Ihre Majestäten am 15. d. M. von Schönbrunn nach Larenburg sich begeben und daselbst Ihren Aufenthalt nehmen.

Der preussische Gesandte Baron Werther, soll, wie die pol. Corr. hört, eine kurze Urlaubsreise nach Preußen antreten. Derselbe soll indeß keinen politischen Charakter haben, sondern mit der Krankheit des früheren preussischen Gesandten, Grafen Driolla, eines nahen Verwandten des Barons, in Zusammenhang stehen.

Baron Riese-Stallburg ist mit einer Adresse der österreichischen Protestanten an die Königin Isabella wegen Begnadigung der in Spanien verurtheilten Protestanten nach Madrid gerichtet. Die Adresse trägt mehr als 2000 Unterschriften aus etwa 100 evangelischen Gemeinden.

Es hat sich an einigen Orten der Zweifel ergeben, ob bei der Recrutierung es ebenfalls gestattet sei, daß derjenige der ein Loos gezogen, welches ihn zum Eintritt in's Militär bestimmt, dieses mit einem andern, im gleichen Lösungsbezirke der frei ausgegangen ist, vertauschen könne. Dieser Zweifel ist durch einen Beschluß des Ministeriums dahin gelöst, daß von Seite der Behörden einem solchen Tausche gar kein Hinderniß im Wege stehe.

Die zur Unterbringung der in Olmütz internirten Polen bestimmten Abicationen im Fort Tafelberg sind nicht mehr hinreichend und es werden, wie die N. Z. berichtet, noch andere Forts zu diesem Zwecke benützt werden.

Von den am 23. und 27. April nach Olmütz zur Internierung abgeführten 32 Insurrections-Flüchtlingen sind: 10 Gewerbetreibende, 1 Lehrer, 4 Studenten, 1 Staatsbeamter, 4 Privatbeamte, 7 Dekonomen, 1 Laienbruder eines geistlichen Ordens und 4 ohne bestimmte Beschäftigung.

Deutschland.

Aus Berlin, 4. Mai, wird gemeldet: In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses beantragt Virchow, das Haus möge feststellen, daß auf Grund der Verfassung die Minister nicht berechtigt seien, sich durch nicht auf die Verfassung bezügliche Commissäre im Hause vertreten zu lassen. v. Carlowitz begründet seine Interpellation wegen Inowroclaw. Graf Eulenberg antwortet, die russischen Truppen seien übergetreten, die Bequartierung scheine nach einer privaten Uebereinkunft erfolgt zu sein (Widerpruch); daß diese nicht erfolgt zu sein scheine, sei wenigstens ihm unbekannt. Die Entwaffnung sei durch kein Gesez geboten; die fragliche Cabinetsordre existire nicht. Der ganze Vorgang sei nichts Ungewöhnliches. — Es erfolgt nunmehr die Discussion.

Die „Bank- u. Handels-Zeitung“ enthält folgende mysteriöse Notiz: Berlin 3. Mai. In unserer Stadt sind seit einigen Tagen Geschichten im Umlauf, von denen wir nicht wissen, was wir daraus zu machen haben. Wegen der Bedeutung, die sie für die Zeitereignisse haben, lassen sie sich jedoch nicht ganz ignoriren. Unter Anderm wird seit einiger Zeit die plötzliche Abwesenheit eines den höchsten Kreisen angehörenden hohen Militärs auffällig bemerkt. Bald heißt es, er sei nach Constantinopel gereist, bald werden andere Richtungen angegeben, nach welchen er sich begeben haben solle; selbst daß er incognito ein russisches Commando gegen die polnischen Insurgenten habe, wurde behauptet. In den letzten Tagen verlautete — und dieses an anscheinend gut unterrichteten Stellen — dem genannten Offizier sei wegen unerbetigten Verhaltens gegen eine hohe Person auf drei Monate der Aufenthalt in einer schlesischen Festung angewiesen.

In eben derselben Zeitung lesen wir: In diesen Tagen ist hier der General-Consul Dr. Duehl aus Kopenhagen eingetroffen. Da hinter der so auffällig hervorgetretenen literarischen Opposition, welche dieser Beamte dem Ministerium macht, verschiedentlich mehr gesucht wird, als mutmaßlich dahintersteckt, so schenkt man dem unerwarteten Besuch, den Dr. Duehl der Hauptstadt macht, besondere Aufmerksamkeit. Derselbe hat sich jetzt nach Grossen, einer Besingung des früheren Ministerpräsidenten v. Mantuffel, begeben.

Der „Dsd. Btg.“ schreibt man: Am 1. Mai Morgens begegnete eine preussische Patrouille von 7 Mann Infanterie des 6. Reg. und 2 Mann schwarzen Stabes in der Nähe des Dorfes Gisle, 1/8 Meile von der Gränze bei Peifersn entfernt einem Trupp von 62 Mann, worunter 26 bewaffnet waren, welche zu den Insurgenten stoßen wollten. Der Aufforderung, die Waffen zu strecken und sich gefangen zu geben, wurde von Seite der Polen mit Schüssen geantwortet. Glücklicherweise trafen dieselben nicht und nun feuerten auch die preussischen ab, wodurch 1 Mann sogleich todt blieb und 4 verwundet wurden. Die wenigen Infanteristen, die beiden Husaren und zwei hinzugekommene Gensdarmen brachten 61 Mann, darunter 26 Bewaffnete, dazu, sich zu ergeben. Dieselben wurden nach Miloslaw gebracht.

In Miloslaw sind der Verwalter des Grafen Mielzynski, welcher zum Polener Geheimbunde gehören soll, und zwei Franzosen, welche sich auf dem gräflichen Schlosse dort aufhielten, verhaftet worden.

Graf v. Gompesch, der bayerische Ministerpräsident in Athen, welcher auf der Rückreise dorthin in Wien Befehl erhalten hatte, vorerst noch dort zu verbleiben, ist am 1. d. in München eingetroffen.

Frankreich.

Paris, 2. Mai. Gestern kam im Senate der Royer'sche Bericht über die vom Marquis de Boissy aus Anlaß der Petitionen für Polen angeregte Frage, ob Ausländer beim französischen Senate petitionsberechtigt seien, zur Beratung. Der Antrag lautete auf Uebergang zur Tagesordnung, da es nicht auf eine ausdrückliche Interpretation der Verfassung abgesehen sei. Die Gegner dieses Antrages wollten die bestimmte Frage gestellt wissen, ob Ausländer wie Irländer beim Senate petitioniren dürften. Die Frage wurde bei namentlicher Abstimmung mit 52 gegen 35 Stimmen abgelehnt und somit die Tagesordnung angenommen. Danach kann es keinem Ausländer verweigert werden, beim Senate eine Bittschrift einzureichen. Ob die Bitte erfüllt wird, ist natürlich eine ganz andere Sache; der Senat behält volle Freiheit, alle Petitionen nach bestem Ermessen durch Uebergang zur

Tagesordnung zu erledigen. — Der Kaiser soll die Absicht haben, im Juni dem Könige der Belgier einen Besuch zu machen. — Der König von Portugal wird in einigen Wochen hier erwartet. — Der Kaiser hat zwei auf der Ausstellung befindliche Bilder von Protas, „der Morgen und der Abend des Soldaten“, für 20.000 Francs angekauft. — Dufaure, Berryer und mehrere andere namhafte Advocaten geben im „Courrier du Dimanche“ ihr Gutachten dahin ab, daß Geseze über die Vereine und öffentlichen Versammlungen keineswegs auch die privaten Wahl-Comités betreffen, die sich nur während einer kurzen Periode und ohne feste Gestalt versammeln.

Der „Köln. Btg.“ wird aus Paris, 2. Mai, geschrieben: Man hat noch heute im Ministerathe die Erwägung der Frage begonnen, welche weiteren Schritte jetzt, nachdem die russische Antwort eingelaufen, in Petersburg zu thun seien. Man wird friedlich auftreten, aber dies hindert nicht, daß man sich fortwährend nach sicheren Bünden suchen für alle Fälle umsieht. Es wird immer wahrscheinlicher, daß der Prinz Napoleon nicht ohne eine wichtige politische Veranlassung, gereist, und es ist viel die Rede von einem geheimen Bündnisse mit diesem Staate. Auch das Cabinet von Madrid hat man sondirt, in wie fern es unter gewissen Umständen geneigt wäre, sich Frankreich zu einem activen Auftreten anzuschließen. Herr Barrot hat jedoch bis jetzt wenig Befriedigendes zu berichten gehabt, vielmehr sich überzeugt, daß der Marquis Miraflores einem Bruch mit Rußland sehr abgeneigt wäre. Ein schwedisches Geschwader wird gegen Ende Mai den französischen Häfen einen Besuch abstatten, was auch wohl nicht ohne Bedeutung ist.

Dänemark.

Aus Kopenhagen, 30. April, schreibt man: Weder der König noch Prinz Christian oder sein Sohn haben bis jetzt die griechische Deputation empfangen. Aber da heute die englische Antwort auf die Mittheilung der hierorts gestellten Bedingungen für die Annahme des griechischen Thrones eingetroffen ist und, wie vorausgesehen war, im Ganzen zustimmend lautet, so werden drei Mitglieder der Deputation empfangen werden: ihr Führer, der alte Kanaris, Zaimis, der bei den jüngsten Wirren eine so hervorragende Rolle spielte, und der Sohn des Generals Girvas, welcher sich gleichfalls General nennen läßt, obgleich er nur ein einfacher Offizier ist, ohne ein anderes Verdienst als daß er sich gegen seinen Souverän empörte, der ihn zweimal amnestirte. Die neun andern Mitglieder der Deputation, unter welchen sich der Vetter des durch seinen Mordanfall auf die Königin Amalie berüchtigte Dofios befindet, werden am Hofe nicht empfangen, unter dem Vorwande, daß sie der eigentlichen Deputation nur attachirt seien. Die griechische Angelegenheit ist jetzt übrigens als erledigt anzusehen; des erwählten Königs Willkür wird auf die jüdischen Inseln hypothetisirt, und die drei Schwermächte erklären in London den griechischen Thron für erledigt, falls Baiern bei dem Proteste verharret. Unzweifelhaft ist auch die Vermählung des jungen Königs Wilhelm mit der vierten Tochter der Königin Victoria eine beschlossene Sache.

Italien.

Wie man der Corresp. „Gavas-Bullter“ schreibt, soll diemorganatische Ehe des Königs Victor Emanuel, welche mehrere Blätter als ganz kürzlich abgeschlossen gemeldet haben, schon von der Zeit des Ministeriums Rattazzi datiren. Der König hat die Signora Rosina geheirathet und zur Marchesa di Mirafiori gemacht.

In der Sitzung des Turiner Abgeordnetenhauses vom 1. Mai bekämpfte der Justizminister den auf den Priestereid bezüglichen Gesetzentwurf des Vaters Passaglia im Namen der Freiheit. Der Staat, sagte er, sei stark genug, um den von den Clericalen gegen die italienische Einheit gerichteten Krieg nicht zu fürchten. Die bestehenden Geseze reichten aus, und jede weitere Beschränkung sei nutzlos. Passaglia zog hierauf seine Vorlage zurück.

Man schreibt dem „Freundenblatt“ aus Rom, 28. April: Ueber die Art der Entwendung der Acten des Prozesses Fausti-Benanzi erfahren wir folgende nicht uninteressante Details. Ein gewisser Maggioroni, der Sohn eines der bekanntesten hiesigen Aerzte, war im Laufe dieses Winters wegen des Verdachtes mit dem bekannten Comitato Romano in Verbindung zu stehen, verhaftet und durch zwei Monate in den Arresten von St. Michelino gefangen gehalten, später aber wegen Mangels an Beweisen wieder in Freiheit gesetzt worden. In diesem Arreste machte er auch die genaue Bekanntschaft des Gefängniswärters Fontana, welcher allgemein für sehr streng und unbestechlich galt und nun der Hauptschuldige beim Actenraube ist. Maggioroni erhielt von Turin aus die Nachricht, daß die erwähnten Prozeßacten Schriftstücke enthalten, welche die piemontesische Regierung und den König selbst stark compromittiren, und er, welcher wirklich eines der thätigsten Werkzeuge des von Piemont besetzten Comitatos war, erhielt den Auftrag, Alles anzuwenden, um 4 ihm näher bezeichnete Fächer der Prozeßacten verschwinden zu machen, recte zu stehen. Mittelst einer bedeutenden Summe, welche ihm zu Gebote gestellt wurde, gelang es ihm, den Gefängniswärter Fontana, welcher auch die Schlüssel zum Inquisiten-Archive, in welchem die Prozeßacten Fausti-Benanzi sich befanden, hatte, zu bestechen und es handelte sich nun bloß darum, die voluminösen Acte aus dem Archive fortzuschaffen. Zu diesem Behufe verkleideten sich Maggioroni und sein jüngerer Bruder als Kapuzinermonche, welchen zur Anhörer der Beichte der Zutritt in die politischen Gefängnisse gestattet ist, und brachten die ihnen durch Fontana eingehändigten Prozeßacten richtig durch. Letzterer erbat

sich gleich nachher die Erlaubniß, seine Frau in der Stadt besuchen zu dürfen, was ihm auch anstandslos bewilligt wurde; in der Stadt traf er mit den Bildhauern Maggioroni zusammen und Abends hatten die Diebe bereits die päpstliche Gränze im Rücken und sind bekanntlich bereits in Neapel eingetroffen, um die ihnen von der piemontesischen Regierung versprochene Belohnung zu erhalten. Der dem Raube zum Grunde liegende Zweck wurde jedoch nur halb erreicht, da der mit der Leitung des Prozesses beauftragte Richter, eben der Wichtigkeit des Prozesses wegen die Verfassung eines Prozeßauszuges und die Drucklegung desselben veranlaßte, wodurch es der päpstlichen Regierung möglich sein wird, durch Veröffentlichung dieses Auszuges das Treiben der piemontesischen Regierung bloßzulegen. Was die Proceßacten gegen Fausti und Benanzi betrifft, so hat die Entwendung eines Theils der Proceßacten nur geringen Einfluß auf den Fortgang desselben, da hinlängliches Material vorliegt, um beide wegen Hochverraths abzurtheilen. — Der Papst wird am 5. Mai eine acht Tage währende Rundreise in seinen Staaten antreten, da eine Luftveränderung zur Befestigung seiner Gesundheit ihm von den Aerzten derzeit angerathen wurde. Das Befinden Sr. Heiligkeit ist übrigens dormalen befriedigend und auch sein Aussehen ein viel besseres.

Neuere Nachrichten bestätigen die Invasion des päpstlichen Gebietes durch königlich piemontesische Freischärler unter dem Commando des königlich piemontesischen Abgeordneten Stefano Romeo. Man hat angeblich dort Tristany fangen wollen. Die piemontesische Brigantenbande ist mit blutigen Köpfen zurückgekehrt und — um die Comödie durchzuführen — hat man ihr nach der Rückkehr die Waffen, die sie noch zurückgebracht hatte, abgenommen. Gleichzeitig mit der Nachricht von diesem öffentlich organisirten Einfall erscheint die Nachricht, daß die königlich piemontesische Regierung diplomatische Klage führen wolle über die mangelhafte Gränzpolizei der römischen Regierung.

Rußland.

Ueber das Gesezt zwischen den Russen und Lelewel bei Silesow haben nach der „Const. österr. Btg.“ glaubwürdige Augenzeugen folgendes erzählt: Wir waren am 23. April in einer waldigen Gegend etwa 3 Meilen von Silesow entfernt in einem gedeckten Lager als unsere auf Reconoscirung ausgesandte Cavallerie die Meldung brachte, es befänden sich etwa eine Stunde von unserem Lager Russen. Lelewel faßte anfänglich den Plan die Feinde in der Nacht zu überfallen und entsendete zur Erforschung der feindlichen Streitkräfte den Lieutenant Draczewski mit einer Abtheilung Schützen, — doch als dieser von dem Ergebnisse seiner Reconoscirung Rapport erstattete, zeigte sich dieser Plan unausführbar, weil die Russen große Vorsichtsmaßregeln ergriffen hatten, und in einer numerischen Stärke von wenigstens 2000 Mann und mehreren Kanonen waren. Es blieb daher nichts übrig als das Lager abzubrechen und in eine andere Gegend zu ziehen. Wir brachen am 24. um 3 Uhr früh auf und kamen um 8 Uhr früh im Walde von Silesow an. Um 5 Uhr Nachmittags wurden wir gerade beim Exerciren von dem bekannnten Feldgeschrei der Russen: „Hurrah“ überrascht, denn die Kosaken hatten einen unserer Vorposten getödtet, der aus einem unbekannnten Grunde nicht geschossen hat und sich tödten ließ. Das von unserem Lager innegehabte Waldterrain war in der Front durch eine natürliche Erderhöhung, hinter welche sich eine weite Niederung ausdehnte, rechts durch einen morastigen Wald, links durch einen dichten Hochwald und in unserem Rücken durch einen mit undurchdringlichem jungen Anflug bewachsenen Morast gedeckt. Eine Compagnie Schützen besetzte die Erderhöhung und zwei andere Compagnien stellten sich auf den Flanken auf. Der Angriff der Russen wurde sehr heftig mit großen Massen ausgeführt, und obwohl unsere Schützen zur Hälfte in Escadrons aufgelöst waren, konnte die so schwache Zahl der Unrigen das zu behauptende Terrain unmöglich decken. Unser linker Flügel gerieth in ein Kreuzfeuer, und die denselben bildende Compagnie war nicht im Stande, das äußerst mörderische Feuer auszuhalten, mußte weichen, worauf auch die anderen zwei Compagnien unter Lelewel in einer anderen Richtung sofort den Rückzug antraten mußten. Das Feuer dauerte gegen zwei Stunden, und war der Verlust von beiden Seiten bedeutend. Von unserer Seite haben wir den Verlust von etwa 30 Mann an Todten und gegen 70 Verwundete zu beklagen, wovon wir nur 5 Verwundete bei unserem Uebertritte auf österreichisches Gebiet retten konnten. Bei Guta Rozaniecka sind nach Oesterreich 69 Mann und bei Woszczanica 3 übergetreten, nachdem sie zuvor ihre Waffen im Walde vergraben hatten. Lelewel ist mit den zwei Compagnien weiter in das innere in einer unbekannnten Richtung gezogen.

Ueber die Affaire von Peisersn berichtet man der „Promb. Btg.“: Am 29. v. M. war ein aus Rom auf Reconoscirung ausgesandtes russisches Detachement in der Stärke von etwa 1000 Mann bis Peisersn vorgezogen. Da es dies Städtchen von dem etwa 1500 Mann starken Taczanowski'schen Insurgentencorps besetzt fand, so eröffnete es aus 4 Geschützen ein mehrstündiges Bombardement gegen dasselbe, das aber den Insurgenten, die in einem alten Kloster Schutz fanden, wenig Schaden that. Auch ein Sturm wurde auf die Stadt verjocht, der aber tapfer zurückgeschlagen wurde. Die Russen zogen hierauf in der Richtung auf Kazmierz ab, ohne von den Insurgenten verfolgt zu werden. Die Verluste waren auf beiden Seiten nicht bedeutend. Die Insurgenten geben die Zahl ihrer Todten auf 7, ihrer Verwundeten auf 27 an.

Nr. 8302. Edict. (327. 2-3)

Von der k. k. Statthalterei-Commission zu Krakau wird der nach Krakau zuständige Israelite Namens Bonart, welcher sich ohne Reisepaß unbefugt ins Ausland begeben hat, und sich gegenwärtig in Amerika befindet, aufgefordert, binnen 4 Monaten vom Tage der ersten Einschaltung dieses Edictes in der Krakauer Zeitung an gerechnet, in seine Heimath zurückzukehren, und seine unbefugte Abwesenheit im Auslande zu rechtfertigen, widrigen gegen denselben nach Vorchrift des Auswanderungspatentes verfahren werden wird.

Krakau, am 24. April 1863. Der k. k. Hofrath und Chef der Statthalterei-Commission Ritter von Merkl. m. p.

Nr. 8302. Edict. (328. 2-3)

Von der k. k. Statthalterei-Commission zu Krakau wird der nach Krakau zuständige Israelite Selig Kirschbaum, welcher sich ohne Reisepaß unbefugt ins Ausland begeben hat, und sich gegenwärtig in Amerika befindet, aufgefordert, binnen 4 Monaten vom Tage der ersten Einschaltung dieses Edictes in der Krakauer Zeitung an gerechnet, in seine Heimath zurückzukehren, und seine unbefugte Abwesenheit im Auslande zu rechtfertigen, widrigen gegen denselben nach Vorchrift des Auswanderungspatentes verfahren werden wird.

Krakau, am 24. April 1863. Der k. k. Hofrath und Chef der Statthalterei-Commission Ritter von Merkl. m. p.

Nr. 9709. Rundmachung. (323. 3)

Die königl. preussische Regierung in Oppeln hat unterm 13. d. Mts., Z. 978 eröffnet, daß in Anbetracht der Abnahme der Rinderpest in den k. k. österreichischen Staaten sich dieselbe veranlaßt gefunden hat, die bis jetzt aufrecht erhaltenen Gränzvermähren aufzuheben und auf die nachstehenden milderen Bestimmungen zu beschränken:

- 1. Kein Rindvieh irgend einer Art darf, ohne daß dasselbe zuvor der 21tägigen Quarantaine auf den dazu bestimmten Einlasspunkten unterworfen und während derselben völlig gesund befunden worden ist, eingebracht werden.
2. Schwarz- und Wollenvieh ist am Einlassorte einer sorgfältigen Reinigung durch Schwemmung, in der kalten Jahreszeit durch Wäsche in bedeckten Räumen zu unterwerfen und einer gleich sorgfältigen Reinigung müssen sich auch, nach dem Ermessen der ausführenden Behörde, die Treiber unterwerfen.

3. Rinderhäute dürfen nur, wenn sie völlig hart und ausgetrocknet, Knochen und Hörner nur, wenn sie von allem häutigen Anfänge und resp. von den Stirnzapfen befreit sind, unbeeidete Wolle und thierische Haare (excl. Borsten) dürfen nur in Säcken oder Ballen verpackt über die Landesgränze eingehen, und in diesem Zustande in das Innere des Landes transportirt werden. Noch nicht völlig harte und ausgetrocknete Häute und Knochen, sowie Hörner, die von den häutigen Anfängen und resp. Stirnzapfen noch nicht befreit sind, müssen an der Gränze zurückgewiesen werden.

Die Zurückweisung findet auch statt, wenn unter einer Ladung Häute, Knochen oder Hörner auch nur einige nicht völlig harte und ausgetrocknete, oder auch nur einige von den häutigen Anfängen resp. Stirnzapfen noch nicht befreit gefunden werden und zwar trifft in solchen Fällen die Zurückweisung die ganze Ladung.

- 4. Geschmolzenes Salz kann nur in Fässern zugelassen werden und das sogenannte Wampentalz (geschmolzenes Salz in häutigen, vom Rindvieh selbst herrührenden Emballagen) passirt nur, wenn die häutigen Emballagen an der Gränze vom Salze getrennt und vernichtet worden sind.
5. Ungeschmolzenes Salz und frisches Fleisch werden zurückgewiesen.

6. Sämmtliche unter 1 bis 4 aufgeführten Gegenstände dürfen nur über die vorgeschriebenen Einlasspunkte über die Landesgränze eingehen.

Die k. k. Statthalterei-Commission bezieht sich diese Bestimmungen hiemit zur allgemeinen Kenntniß zu bringen.

Krakau, am 24. April 1863.

Nr. 1315. Rundmachung. (329. 2-3)

Bei der am 30. April 1863 erfolgten zehnten Verlosung der Grundentlastungs-Schuldverschreibungen des Großherzogthums Krakau wurden zur Rückzahlung gezogen:

Schuldverschreibungen mit Coupons über 50 fl.

Nr. 1, 33.

über 100 fl.

Nr. 131, 156, 166, 300, 408, 459, 503, 598, 749, 779, 818, 833.

über 500 fl.

Nr. 31 und 80.

über 1000 fl.

Nr. 237, 355, 453, 559, 569, 582, 678, 701, 797 mit dem Theilbetrage von 750 fl., Nr. 801, 803, 945.

Schuldverschreibungen lit. A.

Nr. 68 über 2870 fl., Nr. 151 über 100 fl.

Vorstehende Schuldverschreibungen werden mit den verlosenen Kapitalbeträgen sechs Monate vom Verlosungstage an gerechnet, bei der k. k. Grundentlastungsfondscaße in Krakau unter Beobachtung der diesfalls bestehenden Vorschriften, ausbezahlt, welche Casse zugleich über den unverlosenen Theil der Schuldverschreibung Nr. 797 über 1000 fl. neue Schuldverschreibungen im Nominalwerthe von 250 fl. ausstellen wird.

Innerhalb der letzten drei Monate von dem Einlösungszeitpunkte werden die verlosenen Schuldverschreibungen auch von der priv. österreichischen Nationalbank in Wien escomptirt.

Ferner werden in Folge Erlasses des hohen Ministeriums des Innern vom 15. Juni 1858 Z. 13096 die bereits verlosenen und seit dem Rückzahlungstermine noch nicht eingelösten Schuldverschreibungen, und zwar:

A) Die am 30. October 1858 verlosenen Schuldverschreibungen mit Coupons

über 100 fl. Nr. 602.

über 1000 fl. Nr. 139.

über 5000 fl. Nr. 22.

B) Die am 30. April 1859 verlosenen Schuldverschreibungen mit Coupons

über 100 fl. Nr. 249.

über 1000 fl. Nr. 122.

C) Die am 31. October 1859 verlosene Schuldverschreibung mit Coupons

über 500 fl. Nr. 60 mit dem Theilbetrage von 400 fl.

D) Die am 30. April 1861 verlosenen Schuldverschreibungen mit Coupons

über 100 fl. Nr. 26 und 85 und

E) Die am 30. April 1862 verlosenen Schuldverschreibungen mit Coupons

über 50 fl. Nr. 40.

über 100 fl. Nr. 34, 80, 313, 482 und 611.

über 500 fl. Nr. 143.

neuerdings mit der Verwarnung kundgemacht, daß die Verzinsung dieser Schuldverschreibungen mit dem Rückzahlungstermine, das ist nach sechs Monaten vom Verlosungstage an gerechnet, aufgehört hat, und daß falls dennoch die Coupons von diesen Schuldverschreibungen von Seite der priv. österreichischen Nationalbank in Wien eingelöst werden sollten, die diesfälligen Beträge vom Capitalbetrage bei Auszahlung desselben eingebracht werden.

Von der k. k. Grundentlastungsfonds-Direction.

Krakau, am 30. April 1863.

Für den Vorstand Dr. Gustav Hailig, k. k. Statthalterei-rath.

Nr. 1316. Rundmachung. (330. 2-3)

Bei der, am 30. April 1863 erfolgten zehnten Verlosung der Schuldverschreibungen des Grundentlastungsfonds für Westgalizien wurden zur Rückzahlung gezogen:

Schuldverschreibungen mit Coupons über 50 fl.

Nr. 243 1297 2152 2253 2940 3019 3143 3327 3368 3900.

über 100 fl.

Nr. 462, 465, 901 1279 1345 1773 1880 1893 2016 2268 2305 2425 2497 2590 2618 2664 2786 3236 3246 3700 3733 4201 4436 4815 4893 4918 5062 5293 5501 5535 5848 5909 6159 6333 6576 6593 7168 7192 7261 7293 7306 7387 7615 8145 8454 8532 8768 8771 8852 9080 9257 9263 9555 9754 10023 10104 10139 10239 10359 10548 10805 10893 10915 11141 11367 11733 11757 11767 11868 11991 12003 12033 12112 12281 12377 12597 12789 15894 12919 12965 13007 13032 13037 13051 13340 13899 13976 14329 14346 14539 14959 15087 15378.

über 500 fl.

Nr. 3 20 31 37 40 67 74 78 81 109 111 138 160 178 277 506 535 702 1026 1132 1614 1670 1800 1936 2286 2295 2304 2406 2436 2484 2575 2771 2945 2994 3002 3039 3062 3070 3103 3108 3115 3410 3433 3581 3720.

über 1000 fl.

Nr. 128 167 172 524 530 532 621 790 812 1396 1578 1629 1673 1723 1982 2048 2160 2222 2244 2260 2271 2285 2290 2301 2407 2417 2570 2738 2749 2778 3188 3300 3348 3373 3423 3460 3474 3475 3593 3890 3901 4077 4540 4657 4812 4923 4934 4941 5119 5165 5263 5268 5313 5397 5699 5702 5716 5867 6036 6173 6512 6561 6631 6652 6697 6724 7322 7423 7503 7660 7763 7986 8314 8339 8402 8452 8486 8570 8886 9318 9478 9604 9701 9796 9812 9888 9910 10035 10050 10136.

über 5000 fl.

Nr. 135 196.

über 10,000 fl.

Nr. 29 180.

Schuldverschreibungen Litt. A.)

Nr. 199 über 1500 fl., Nr. 495 über 440 fl., Nr. 688 über 5430 fl., Nr. 798 über 3150 fl., Nr. 1308 über 4190 fl., Nr. 1636 über 1700 fl., Nr. 1686 über 1190 fl., Nr. 1928 über 120 fl.

Vorstehende Schuldverschreibungen werden mit den verlosenen Capitalbeträgen sechs Monate vom Verlosungstage an gerechnet, bei der k. k. Grundentlastungsfondscaße in Krakau, unter Beobachtung der diesfalls bestehenden Vorschriften, ausbezahlt werden.

Innerhalb der letzten drei Monate von dem Einlösungszeitpunkte werden die verlosenen Schuldverschreibungen auch von der privilegierten österr. Nationalbank in Wien escomptirt.

Ferner werden in Folge Erlasses des hohen Ministeriums des Innern vom 15. Juni 1858 Z. 13096 die bereits verlosenen und seit dem Rückzahlungstermine noch nicht eingelösten Schuldverschreibungen, und zwar:

A) Die am 30. October 1858 verlosenen Schuldverschreibungen mit Coupons

über 50 fl.

Nr. 263 812 1138 1881 1941 2022 2349 3121 3626.

über 100 fl.

Nr. 502 1300 1887 2057 2599 2992 3038 3727 4047 4433 4471 4738 5037 5917 5967 6057 7558 8391 8772 9243 10179 10713 11015 11229 11270 11382 11521 11684 12096 12118 12312 13467 13716 13808 13998.

über 500 fl.

241 580 786 936 1103.

über 1000 fl.

Nr. 283 417 515 628 1737 2215 2304 2335 3880 4450 4358 4968 7804.

über 5000 fl.

Nr. 54 490.

über 10,000 fl.

Nr. 100.

Schuldverschreibungen Litt. A.)

Nr. 171 über 200 fl., Nr. 2848 über 70 fl.

neuerdings mit der Verwarnung kundgemacht, daß die Verzinsung dieser Schuldverschreibungen mit dem Rückzahlungstermine, das ist nach 6 Monaten vom Verlosungstage an gerechnet, aufgehört hat, und daß falls dennoch die Coupons von Seite der privilegierten österr. Nationalbank in Wien eingelöst werden sollten, die diesfälligen Beträge

von dem Capitalbetrage bei Auszahlung desselben eingebracht werden.

Endlich wird kundgemacht, daß in den Creditbüchern der k. k. Grundentlastungsfondscaße folgende Bemerkungen haften, a s:

- 1. Der von den Eigenthümern angezeigte Verlust der Schuldverschreibungen mit Coupons über 100 fl. Nr. 2494 6982 9917 9918.
2. Die Einleitung der Amortisirung der Schuldverschreibungen mit Coupons, über 50 fl. Nr. 1804 1956.
3. Die bereits bewilligte Amortisirung der Schuldverschreibungen mit Coupons über 50 fl. Nr. 9532 12545 12546 13908 13909 13910 13911 über 500 fl. Nr. 644 1313 3237 3483.
4. Die bereits bewilligte Amortisirung der Schuldverschreibungen mit Coupons über 50 fl. Nr. 237 über 350 fl., Nr. 2473 über 90 fl., Nr. 3038 über 270 fl.
5. Die bereits bewilligte Amortisirung der Schuldverschreibungen mit Coupons über 50 fl. Nr. 1627.
6. Die bereits bewilligte Amortisirung der Schuldverschreibungen mit Coupons über 500 fl. Nr. 196 575 805 1080 1081 3785 6565 7676 8540 8541 11370.
7. Die bereits bewilligte Amortisirung der Schuldverschreibungen mit Coupons über 500 fl. Nr. 1734 2182.

Von der k. k. Grundentlastungsfonds-Direction.

Krakau, am 30. April 1863.

Für den Vorstand: Dr. Gustav Hailig, k. k. Statthalterei-rath.

über 50 fl.

Nr. 714 847 1685.

über 100 fl.

Nr. 2201 2704 4105 5206 5566 6161 7831 9160.

über 500 fl.

Nr. 856.

über 1000 fl.

Nr. 1222 5059.

B) die am 30. April 1859 verlosenen Schuldverschreibungen mit Coupons

über 50 fl.

Nr. 1033 2566.

über 100 fl.

Nr. 2553 5064 5348 6637 6875 8580.

über 500 fl.

Nr. 850 1498.

über 1000 fl.

Nr. 2664.

C) die am 31. October 1859 verlosenen Schuldverschreibungen mit Coupons

über 50 fl.

Nr. 575 773 1501.

über 100 fl.

Nr. 983 4115, 6540 7655.

über 500 fl.

Nr. 349.

über 1000 fl.

Nr. 955 5880.

D) die am 30. April 1860 verlosenen Schuldverschreibungen mit Coupons

über 50 fl.

Nr. 1009 2520.

über 100 fl.

Nr. 327 867 2314 3741 6047 6461 7524 10210 10546.

über 500 fl.

Nr. 848 1792.

über 1000 fl.

Nr. 372 2393 4394 4691 5458.

E) Die am 31. October 1860 verlosenen Schuldverschreibungen mit Coupons

über 50 fl.

Nr. 1980 2147 2832.

über 100 fl.

Nr. 7610 8411 10385 10660 11192.

über 500 fl.

Nr. 661 921 2656.

über 1000 fl.

Nr. 2718 2844.

Schuldverschreibung Litt. A.)

Nr. 1003 über 450 fl.

F) die am 30. April 1861 verlosenen Schuldverschreibungen mit Coupons

über 50 fl.

Nr. 309, 1229 1996 2644 3036.

über 100 fl.

Nr. 1748 2702 5687 6948 7848 8306 1117 11621 12472 12645 12682.

über 500 fl.

Nr. 806 1979.

über 1000 fl.

Nr. 6175 6567 7427.

über 5000 fl.

Nr. 253 893.

G) die am 31. October 1861 verlosenen Schuldverschreibungen mit Coupons

über 50 fl.

Nr. 676 1917 2468 2572 2852.

über 100 fl.

Nr. 964 982 1171 1634 2520 3224 7568 7844 7870 8918 9400 9699 10052 10334 11546 11985 12280 12379 12702 12748.

über 500 fl.

Nr. 405 609 757 1824 1964 2446 3037.

über 1000 fl.

Nr. 1649 1800 4299 4630.

über 5000 fl.

Nr. 839.

H) die am 30. April 1862 verlosenen Schuldverschreibungen mit Coupons

über 50 fl.

Nr. 263 812 1138 1881 1941 2022 2349 3121 3626.

über 100 fl.

Nr. 502 1300 1887 2057 2599 2992 3038 3727 4047 4433 4471 4738 5037 5917 5967 6057 7558 8391 8772 9243 10179 10713 11015 11229 11270 11382 11521 11684 12096 12118 12312 13467 13716 13808 13998.

über 500 fl.

241 580 786 936 1103.

über 1000 fl.

Nr. 283 417 515 628 1737 2215 2304 2335 3880 4450 4358 4968 7804.

über 5000 fl.

Nr. 54 490.

über 10,000 fl.

Nr. 100.

Schuldverschreibungen Litt. A.)

Nr. 171 über 200 fl., Nr. 2848 über 70 fl.

neuerdings mit der Verwarnung kundgemacht, daß die Verzinsung dieser Schuldverschreibungen mit dem Rückzahlungstermine, das ist nach 6 Monaten vom Verlosungstage an gerechnet, aufgehört hat, und daß falls dennoch die Coupons von Seite der privilegierten österr. Nationalbank in Wien eingelöst werden sollten, die diesfälligen Beträge

von dem Capitalbetrage bei Auszahlung desselben eingebracht werden.

Endlich wird kundgemacht, daß in den Creditbüchern der k. k. Grundentlastungsfondscaße folgende Bemerkungen haften, a s:

- 1. Der von den Eigenthümern angezeigte Verlust der Schuldverschreibungen mit Coupons über 100 fl. Nr. 2494 6982 9917 9918.
2. Die Einleitung der Amortisirung der Schuldverschreibungen mit Coupons, über 50 fl. Nr. 1804 1956.
3. Die bereits bewilligte Amortisirung der Schuldverschreibungen mit Coupons über 50 fl. Nr. 9532 12545 12546 13908 13909 13910 13911 über 500 fl. Nr. 644 1313 3237 3483.
4. Die bereits bewilligte Amortisirung der Schuldverschreibungen mit Coupons über 50 fl. Nr. 237 über 350 fl., Nr. 2473 über 90 fl., Nr. 3038 über 270 fl.
5. Die bereits bewilligte Amortisirung der Schuldverschreibungen mit Coupons über 50 fl. Nr. 1627.
6. Die bereits bewilligte